



Kreisparteitag am 29. April 2017, Notzingen

Antragsteller: Kreisvorstand

Empfänger: Kreisparteitag

Einstimmig angenommen

1 **Positionspapier: Für ein starkes und solidarisches Europa**

2

3 Die Europäische Union ist in ihrer Sinnhaftigkeit stärker herausgefordert denn je.
4 Wenngleich ihr Kern als Friedensprojekt nicht im Zweifel steht, wird die praktische
5 Umsetzung des europäischen Zusammenwachsens durch den zunehmenden Populis-
6 mus und Nationalismus in den Mitgliedsstaaten der Union in Frage gestellt. Die Euro-
7 krise verdeutlichte, dass die halbfertige Wirtschafts- und Währungsunion der EU das
8 Versprechen auf mehr Wohlstand für Alle im Moment nicht erfüllen kann. Wenngleich
9 die EU beim Umwelt- und Verbraucherschutz wichtige Neuregelung treffen konnte,
10 erfordern auch eine tragfähige Energiewende, eine menschliche Migrations- und
11 Flüchtlingspolitik sowie eine gerechte Balance zwischen Kapital und Arbeit gemeinsame
12 europäische Lösungen. Doch gerade in diesen Feldern bleibt die EU handlungsunfähig.
13 Schuld sind insbesondere die Egoismen der nationalen Regierungen, die sich im Rat
14 bei entscheidenden Fragen immer weniger auf einen europäischen Kompromiss ein-
15 lassen wollen. Eine funktionierende EU braucht daher eine institutionelle Fortentwick-
16 lung. Für solche Reformen ist aber die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung
17 notwendig. Und für diese neue Begeisterung für die EU braucht es über die tradierten
18 Gründungsmythen und Begründungen für die Union hinaus eine neue politische Idee:
19 ein sozialeres Europa.

20

21 *Warum wir Europa brauchen*

22

23 Viele Menschen fühlen sich von der Globalisierung bedroht und blicken mit Sorge in
24 die Zukunft. Sie spüren, dass der Nationalstaat allein die drängenden Probleme unserer
25 Zeit nicht mehr lösen kann. Der Eindruck fehlender Handlungsfähigkeit bildet den

26 Nährboden für Elitenverachtung und den wachsenden europäischen Rechtspopulis-
27 mus.

28 Manche empfinden die EU zudem als undurchschaubares, fremdes Gebilde oder gar
29 als bevormundende Bürokratie und damit fälschlicherweise als Bedrohung für den ei-
30 genen Wohlstand.

31

32 Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, dass eine nationalistische Isolation, ein Zurück
33 zum Nationalstaat globale Herausforderungen wie die wachsende Ungerechtigkeit, die
34 fehlende Regulierung des Kapitalmarktes, Migration oder den Klimaschutz bewältigen
35 kann. Vielmehr gilt es, sich um eine gerechtere Gestaltung der europäischen und in-
36 ternationalen Ordnung zu bemühen. Die Normsetzung der EU darf nicht länger den
37 Eindruck erwecken, vor allem dem neoliberalen Wettbewerb zur Durchsetzung zu ver-
38 helfen, sondern muss gerade den Handlungsspielraum für soziale und ökologische Be-
39 lange innerhalb der Nationalstaaten erweitern. Gerechtigkeit als Teilhabe am gesell-
40 schaftlichen Leben, gleichwertige Chancen und eine faire Verteilung des Wohlstandes
41 erfordern einen starken Staat, dessen Handlungsfähigkeit europäisch gegenüber dem
42 globalen Kapital zurück erkämpft werden muss. Es geht darum, die sozialdemokrati-
43 sche Kernkompetenzen ins 21. Jahrhundert zu übertragen. Die Globalisierung ist kein
44 abstrakter Prozess, der „geschieht“, sondern ihre Dynamik wird durch politische Ent-
45 scheidungen von Menschen gemacht. Es ist daher an der Zeit, das Sozialstaatsprinzip
46 auch auf europäischer Ebene in den Verträgen zu verankern. Die vier Europäischen
47 Freiheiten (Freiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) als Grundpfei-
48 ler der EU müssen um die Freiheit vor Armut und sozialer Ausgrenzung ergänzt wer-
49 den. Wir wollen den für einzelnen Staaten aufgrund globaler Herausforderungen ver-
50 lorengegangenen Handlungsspielraum durch ein starkes, handlungsfähiges Europa zu-
51 rückgewinnen und die EU durch das gemeinsame Problemlösen wieder zum Verbün-
52 deten der Bürgerinnen und Bürger machen.

53

54 Die EU muss auch weiterhin für gelebte Freiheit stehen: für grenzenlose Mobilität der
55 Bürgerinnen und Bürger; für Freizügigkeit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
56 und damit für ein Mehr an beruflichen Chancen; für offene und tolerante Gesellschaf-
57 ten, die eine freie individuelle Persönlichkeitsentfaltung zulassen; für Erasmus-Aus-

58 tauschprogramme, die das interkulturelle Kennenlernen und das europäische Zusam-
59 menwachsen ganz praktisch befördern. Dabei kann im Zeitalter der grenzenlosen digi-
60 talen Medien auch eine starke europäische Regulierung helfen, einen guten Daten-
61 schutz und die informationelle Selbstbestimmung aufrecht zu erhalten und damit ein
62 hohes Maß an persönlicher Freiheit zu garantieren.

63

64 Wir wollen eine EU, die sich wieder als eine Solidargemeinschaft begreift. Solidarität
65 bedeutet einen kooperativen europäischen Geist, der politischen Erfolg nicht daran
66 misst, was an nationalem Interesse in Brüssel „durchgesetzt“ oder „herausgeholt“
67 wurde. Das ist die Sprache der internationalen Verhandlungen zwischen souveränen
68 Gebilden. Wir wenden uns gegen diese ausschließlich nutzenbasierte Denkweise. Eine
69 solche Haltung ist nicht mit dem europäischen Gedanken einer politischen Gemein-
70 schaft vereinbar. Zum kooperativen Ausgleich gehört aber auch, den Wettbewerb zwi-
71 schen den EU-Staaten – im Hinblick auf Steuern, Arbeitsmarktregulierungen oder so-
72 ziale Sicherungssysteme – insbesondere im gemeinsamen Währungsraum zu begren-
73 zen. Der Wohlstandszuwachs des einen Staates darf nicht auf Kosten des Wohlstands
74 eines anderen Staates gehen. Denn Solidarität bedeutet im 21. Jahrhundert eben nicht
75 nur einen Ausgleich zwischen Staaten, sondern vor allem eine gerechte Balance zwi-
76 schen den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in ganz Europa.

77

78 *Unsere Vision einer stärkeren EU*

79

80 Eine starke EU braucht handlungsfähige Institutionen und eine größere demokratische
81 Legitimation. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass auch künftig der Spitzenkandidat
82 der stärksten Fraktion nach der Europawahl Präsident der Europäischen Kommission
83 wird. Gleichfalls sollte die Zahl der EU-Kommissare endlich auf ein sinnvolles Maß re-
84 duziert werden und sich die Besetzung der jeweiligen Kommissare stärker an den po-
85 litischen Mehrheiten im Europaparlament als an der Vertretung eines jeden Mitglieds-
86 staates orientieren. Die Mitgliedsstaaten sind durch ihre Stimme im Rat der Europäi-
87 schen Union ausreichend repräsentiert. Außerdem ist es nicht nachvollziehbar, warum
88 angesichts steigender Erwartungen an die EU das finanzielle Budget der Gemeinschaft
89 stagniert. Insbesondere im Hinblick auf die kommunikativen Möglichkeiten der Kom-

90 mission sind neue Mittel notwendig. Konkret geht es hierbei um eine verbesserte Öff-
91 fentlichkeitsarbeit. Das Europäische Parlament wollen wir durch ein echtes Initiativ-
92 recht in der Gesetzgebung und die europaweite Einführung einheitlicher Sperrklauseln
93 bei der Wahl stärken. Das bedeutet, dass das Parlament – wie der Bundestag – eigene
94 Gesetzesvorschläge einbringen kann und die Zersplitterung des Parlamentes durch
95 viele Kleinstparteien abgefedert wird. Die Input-Legitimation des Parlamentes könnte
96 ein neues Wahlrecht mit der Einführung von Wahlkreisen und einer personalisierten
97 Verhältniswahl erhöhen. Bislang gibt es nur landesweite Parteilisten. Die erkennbare
98 Verknüpfung der Wahlentscheidung mit einem identifizierbaren Abgeordneten als ver-
99 antwortlichem Vertreter in Brüssel ist für viele Bürger entsprechend schwierig.

100

101 Wir dürfen keine Angst vor der Forderung nach einer Vertragsrevision haben. Diese
102 sehen wir vielmehr als Chance, endlich sicherzustellen, dass der Grundsatz „Kleines im
103 Kleinen, Großes im Großen“ gelingt. Insbesondere in drei Schwerpunktfeldern muss
104 die EU Lösungen finden: zum ersten bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme.
105 Diese Migrationsbewegung in die EU ist ein gemeinsames Problem und kann nur durch
106 gerechte Verteilquoten und ähnliche Asyl-Standards bewältigt werden. Zweitens: an-
107 gesichts des möglicherweise schwächer werdenden internationalen Engagements der
108 USA muss die EU ihre Anstrengungen in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidi-
109 gungspolitik erhöhen. Die sicherheitspolitische Kooperation gilt es zu intensivieren und
110 dabei insbesondere an einem gemeinsamen Verständnis der internationalen Rolle der
111 europäischen Staaten zu arbeiten. Drittens: Ein gemeinsamer Binnenmarkt erfordert
112 eine gemeinsame Vertretung in Handelsfragen nach außen. Es muss sichergestellt
113 sein, dass die Ausgestaltung dieser europäischen Handelspolitik gegenüber internatio-
114 nalen Partnern auf der EU-Ebene entschieden werden kann. Die demokratisch legiti-
115 mierte Kontrolle der Kommission als Verhandlungsführer und die politische Entschei-
116 dung über Kernbereiche der Verträge muss das EU-Parlament allein wahrnehmen kön-
117 nen. Eine Veto-Position eines Regionalparlamentes – wie im Falle der Wallonie bei der
118 CETA-Zustimmung – macht eine handlungsfähige Union unmöglich.

119 Wir sind uns bewusst, dass sich themenspezifisch die Interessen der EU-Staaten hoch-
120 gradig unterscheiden. Deshalb ist es durchaus bedenkenswert, ob Integration immer
121 im Gleichschritt oder nicht doch stärker auch in einer kleineren jeweiligen Kerngruppe
122 geschehen kann.

123

124 *Bausteine einer sozialen EU*

125

126 Für uns Sozialdemokraten ist die Europapolitik keine fremde Außenpolitik, sondern
127 zentraler Baustein unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine neue, starke EU braucht
128 ein sozialeres Profil. Das ist die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen un-
129 serer Zeit. Im Zuge der Eurorettung wurden zentrale Fragen von den Staats- und Re-
130 gierungschefs vorbei an der Kommission und dem Europäischen Parlament in zwi-
131 schenstaatlichen Verträgen entschieden. Hochpolitische Fragen zur ökonomischen
132 Ausrichtung in der EU wurden im Gewand einer Expertenregulierung getroffen. Damit
133 muss Schluss sein. Wir begrüßen die verschärften Stabilitätskriterien und die Banken-
134 union bei der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, sehen aber, dass
135 das Ende der akuten Phase der Eurokrise vor allem auf die Anleihenkäufe der EZB
136 zurück zu führen ist. Die schwache Wirtschaftsentwicklung in der EU ist zuvorderst ein
137 Nachfrageproblem. Daher müssen die weichen wirtschaftlichen Koordinationsprozesse
138 in der EU dazu beitragen, sozioökonomische Ungleichgewichte zwischen den Mitglieds-
139 staaten zu verringern und für ein nachhaltigeres Wachstum zu sorgen.

140 Die Kriterien der Stabilitätsverträge und der europäischen Koordinierungsmechani-
141 smen setzten aber ohne Abstriche auf einen Wettbewerbsstaat und folgen nicht mehr
142 dem Ideal einer sozialen Marktwirtschaft. Viele Menschen spüren, dass die sozialpoli-
143 tische Absicherung im Nationalstaat immer weniger trägt, wenn die grundsätzliche
144 Wirtschaftsordnung in der EU strikt neoliberal ausgerichtet ist. Die haushalts- und wirt-
145 schaftspolitische Koordination erfolgt im jährlich wiederkehrenden Prozess des soge-
146 nannten Europäischen Semesters. Dabei formulieren die EU-Staaten gemeinsam ihre
147 ökonomischen Ziele, die Kommission leitet daraus Handlungsempfehlungen für die
148 Staaten ab und diese setzen selbige in nationale Aktionspläne um. Das Problem: Die
149 Empfehlungen zu den jeweiligen nationalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken dienen
150 vor allem als Mittel zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zu einer
151 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir Sozialdemokraten sollten demgegenüber auf
152 die Kommission einwirken, um in diesem Prozess auch den Schutz der Beschäftigten,
153 Investitionen in Aus- und Fortbildung und die Bekämpfung von Armut und sozialer
154 Ausgrenzung als eigenständige Ziele ins Auge zu fassen. Dazu ist es unumgänglich,

155 gerade bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung konkrete und über-
156 prüfbare Zielwerte für die einzelnen Mitgliedsstaaten in einem längerfristigen Zeitraum
157 festzulegen. Gleichzeitig muss die Diskussion der jeweiligen Maßnahmen stärker öf-
158 fentlich im Europäischen Parlament erfolgen. Die Umsetzung dieser sozialen Zielwerte
159 darf allerdings nicht auf Kosten eines ausgeglichenen Haushalts gehen – um nachfol-
160 genden Generationen einen finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen. In jedem
161 Fall sollten die Rechtsetzungen im EU-Binnenmarkt künftig immer mit einer sozialen
162 Folgeabschätzung unterlegt sein.

163 Die Europäischen Verträge räumen der EU nach Artikel 153 (1) bereits heute das Recht
164 ein, einen gesetzlichen Rahmen im Hinblick auf die Ausgestaltung von Arbeitsbedin-
165 gungen festzulegen. Um das große Potential der Digitalisierung im Wirtschaftsleben
166 zum Vorteil der arbeitenden Bevölkerung zu nutzen, ist es notwendig, von diesen Kom-
167 petenzen auf europäischer Ebene Gebrauch zu machen und so im Binnenmarkt eine
168 faire Ausgangslage des Wettbewerbs zu schaffen. Ausbeuterische Geschäftsmodelle,
169 wie beispielsweise die scheinselfständigen Taxifahrer der Uber-Mobilitätsapp, müs-
170 sen EU-weit verhindert werden.

171 Ein soziales Europa bedeutet aber auch, der Steuervermeidung und Steuerverschie-
172 bung großer Konzerne einen Riegel vorzuschieben. Es darf nicht sein, dass große Kon-
173 zerne ihren Reichtum auf Kosten der ehrlich versteuernden Bürgerinnen und Bürger
174 oder der ehrlichen Mittelständler ganz legal mehren. Wir wollen durch eine einheitliche
175 Bemessungsgrundlage bei den Körperschaftssteuern und ein wirksames Informations-
176 system das Kleinrechnen von Gewinnen, die Gewinnverschiebung und den ungesunden
177 Steuerwettbewerb in der EU beenden. Die Mitgliedstaaten können dann zwar weiterhin
178 vertragskonform allein über ihre Steuerpolitik entscheiden. Doch die Regeln, nach de-
179 nen in der EU tätige Unternehmen ihre steuerpflichtigen Gewinne berechnen, werden
180 damit vereinheitlicht und schreiben fest, dass Steuern dort zu bezahlen sind, wo die
181 Wertschöpfung erwirtschaftet wird. Das erschwert den Missbrauch.

182 Außerdem treten wir für eine wirksame Finanztransaktionssteuer ein. Diese könnte im
183 EU-Budget verbleiben, von der Kommission verwaltet werden und als sozialer Investi-
184 tionsfonds fungieren. Der jetzige EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investi-
185 tion), auch „Junckerfonds“ genannt, ist zu klein, um einen wirklichen Nachfrageschub

186 in der EU zu leisten. Außerdem setzt er verengte Prioritäten auf Infrastruktur, Wettbe-
187 werbsfähigkeit und Innovationsförderung. Im Sinne eines befördernden sozialen In-
188 vestitionsstaates wollen wir auch Mittel für europaweite Investitionen in Bildung, Aus-
189 bildung und Fortbildung sowie zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit bereitstel-
190 len. Das würde zudem die nur begrenzt wirkende und an den EU-Institutionen vorbei
191 umgesetzte „Jugendgarantie“ ersetzen. Die bereits zwischenstaatlich vereinbarten na-
192 tionalen Maßnahmen ließen sich mit dem Anreiz europäischer Mittel befördern und
193 unterstützen.

194 *Wir fordern:*

- 195 • Die Verkleinerung der Kommission und ihre dauerhafte Anbindung an die poli-
196 tischen Mehrheiten im EU-Parlament.
- 197 • Die Stärkung des EU-Parlamentes durch ein Initiativrecht und ein neues Wahl-
198 recht mit Sperrklauseln, Wahlkreisen und einer personalisierten Verhältniswahl.
- 199 • Die Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer und die Einrichtung eines so-
200 zialen Investitionsfonds für Bildung, Fortbildung und die Bekämpfung der Ju-
201 gendarbeitslosigkeit.
- 202 • Die Einführung einer einheitlichen Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage,
203 um damit Steuerverschiebung zu erschweren. Der Grundsatz „wo Gewinne er-
204 wirtschaftet werden, dort wird besteuert“ muss endlich gelten.
- 205 • Die Fortentwicklung des Europäischen Semesters von einem wettbewerbsorien-
206 tierten Kontrollinstrument zu einem ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Koor-
207 dinationsprozess, der stärker soziale Faktoren in den Blick nimmt.